Einzelnummer 50 Pfg.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 8.— Mk., vierteljährlich 24.— Mk.
Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 2,20 Mk. von auswärts 3,— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 7,50 Mk. von auswärts 9,— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postscheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 3290

Nr. 26 | Dienstag, den 31. Januar 1922 | 13. Jahrgang

Die unehrliche Einheitsparole.

Wenn jemand die letzten Jahre verschlafen hätte und jetzt zu neuem politischen Leben erwachen und die hiesige kommunistische Presse lesen würde, der könnte nach dem Studium der Leitartikel der „Arbeiter-Zeitung" zu der Auffassung kommen, daß es keine wahreren Freunde einer Einheitsfront der Arbeiterschaft gibt als die Kommunisten. Fast in jeder Nummer predigt die „Arbeiter-Zeitung" die „Einheitsfront". Und diese Einheitsfront soll auch durchaus nicht auf „kommunistischer Grundlage" ruhen, sondern es soll eine „proletarische Einheitsfront" gebildet werden. Und das Ziel dieser Front? Beileibe nicht die Weltrevolution und die Diktatur des Proletariats, sondern die „Erkämpfung von tatsächlichen nächstliegenden Zielen" Dies Kind, kein Engel ist so rein.

Wie gesagt, zu dieser Auffassung könnte man kommen, wenn man die Vorkommnisse der letzten Jahre nicht miterlebt hätte. Aber wer war es, der die proletarische Einheitsfront in allen Ländern erst zerstört hat? Wer war es, der während des Krieges zuerst die offene Spaltung in der deutschen Sozialdemokratie propagierte? Wer machte der rein proletarischen Revolutionsregierung Ebert-Haase die größten Schwierigkeiten durch die unsinnigen Putschereien und beschwor so die Gegenrevolution herauf? Wer war es, der die unabhängige Partei spaltete und sogar den stolzen Einheitsbau der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und der deutschen Gewerkschaften in Trümmer legen wollte, damit nur die Moskauer Gewerkschaftsinternationale etwas auf die Beine käme? Das waren die jetzigen Einheitsapostel, die Kommunisten! Und denken wir weiter daran, daß diese Leute auch die ausländischen Arbeiterparteien durch ihre Spaltungsmethoden mehr oder minder schwächten, wie z. B. in Frankreich und Italien.

Aber da kommen unsere biederen Einheitsprediger und sagen: Das war einmal, und das geschah auch in fremden Ländern. Mit dieser Ausrede ohrfeigt die „Arbeiter-Zeitung" aber sich selbst. Will sie dadurch eingestehen, daß die ganze bisherige Politik der Kommunisten von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist und die Arbeiterschaft nur aufs schwerste geschädigt hat? Wenn die „Arbeiter-Zeitung" das eingestehen würde, so könnte sie vielleicht den Eindruck erwecken, daß ihre Einigungsrufe ehrlich gemeint sind. Aber auch nur bei denen, die vergessen haben, daß die Kommunisten nach Leninschem Rezept überall mit den Mitteln der Lüge und der List arbeiten sollen, um ihr Ziel zu erreichen.

Aber die Kommunisten denken ja gar nicht im Ernst daran, ihre bisherige Parteispalterei und Verleumdung anderer Parteien aufzugeben. Wir wollen einmal davon absehen, daß die Kommunistische Partei in sich selbst höchst uneinig ist und daß sie andauernd einen Parteiführer nach dem andern hinaus wirft, so daß die Reichstagsfraktion der Hinausgeworfenen jetzt größer ist als die der „reinen" Kommunisten. Vielleicht schwindet auch noch bei manchem dieser Restanten nur zu bald kommunistische Reinheit und Gestalt. Was die andern proletarischen Parteien bei der Einheitsfront mit den Kommunisten zu erwarten haben, zeigen die Leitsätze der Moskauer Internationale vom 28. Dezember 1921, die auch die „Arbeiter-Zeitung" abdruckte. Danach soll diese Einheitsfront nur dazu dienen, um den Einfluß der Kommunisten in der Arbeiterschaft wieder zu stärken. Das heißt, daß die Exekutive überzeugt ist, „daß die K.P.D. bei voller Wahrung ihrer selbständigen politischen Stellung in breitere Massen der Arbeiterschichten einzudringen und den Einfluß des Kommunismus auf die Massen zu verstärken vermag". Wie unehrlich die Kommunisten sind, zeigt sich auch darin, daß sie in den genannten Leitsätzen Anweisung geben, die Schuld an der Spaltung den anderen Arbeiterparteien zuzuschreiben. Halten die Kommunisten die Arbeiterschaft wirklich für so dumm, daß sie dieses Märchen glauben würde? Und ist die Einheitsfront ehrlich gemeint, wenn diese nur dazu dienen soll, die „Lügenhaftigkeit der Reformisten zu entlarven", wie es in den Leitsätzen weiter heißt? Ist das ernsthafter Einigungswille, wenn dieselben Leitsätze die Genossen Longuet und Jouhaux als Knechte der Bourgeoisie beschimpfen? Wenn die „Arbeiter-Zeitung" selbst den traurigen Mut aufbringt, die Opfer des von der kommunistischen Zentrale inszenierten Märzputsches als Blutopfer unserer Genossen Hörsing-Severing hinzustellen?

Im übrigen wollen jetzt die Kommunisten nach der gestrigen „Arbeiter-Zeitung" nur für tatsächliche nächstliegende Ziele kämpfen. Ist das aber nicht der ††† Reformismus in Reinkultur? Weil gerade die Sozialdemokratie auf die Weltrevolutionsphrasen der Kommunisten nicht einging und wirklich praktische Arbeit auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet leistete, wurde sie wegen dieses Reformismus von den Kommunisten aufs ärgste verleumdet. Sie wollten doch nur die weltumstürzende Revolution, und ihr Führer Eberlein wollte schon während des Krieges in Danzig nichts von Völkerbund, Abrüstung und ähnlichem „Unsinn" wissen. Und nun mit einem Male nur der Kampf um tatsächliche nächstliegende Ziele?

Mögen die Kommunisten die Unehrlichkeit und den Widerspruch ihrer Politik unter sich ausmachen. Wir wissen, was wir von ihren Einheitsparolen zu halten haben, und mit uns auch die Danziger Arbeiterschaft.

Der drohende Eisenbahnerstreik.

Der geschäftsführende Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten hat gestern den Hauptvorstand der Gewerkschaft erneut beauftragt, den Streik zu verkünden, weil die in dem Ultimatum gestellten Forderungen abgelehnt werden. Der Hauptvorstand hat daraufhin seine Mitglieder zu einer dringlichen Sitzung für heute nachmittag einberufen.

Die Blätter melden, daß die Eisenbahnverwaltung alle Maßnahmen getroffen hat, um den Eisenbahnverkehr soweit als möglich aufrechtzuerhalten, insbesondere um die Lebensmittel- und Kohlenversorgung zu sichern. Alle für Lokomotivführung befähigten Eisenbahnangestellten, auch die leitenden Beamten, sollen ohne Rücksicht auf ihre sonstige Verwendung einspringen und auch die technische Nothilfe zum raschen Einsetzen bereitgehalten werden. Zum Schutze der Arbeitswilligen soll Schutzpolizei aufgeboten und zur verschärften Bahnbewachung noch besonders geeignetes arbeitswilliges Personal herangezogen werden.

Wie der „Berl. Lokalanz." hört, sind Schritte eingeleitet worden, um mit Hilfe des parlamentarischen Beamtenausschusses nochmals die Regierung zu erneuten Verhandlungen mit den Vertretern der Spitzenorganisationen zu bewegen.

Dem „Berl. Lokalanz." zufolge hat der Deutsche Beamtenbund, dem die Reichsgewerkschaft als Unterverband angehört, gestern abend einen Vorstandsbeschluß veröffentlicht, in dem der deutsche Beamtenbund die Umstände würdigt, die die Reichsgewerkschaft zu ihrem Ultimatum geführt haben. Der deutsche Beamtenbund erwarte, daß die Reichsregierung den drohenden Konflikt mit der Reichsgewerkschaft noch abwende und im Sinne der gestellten Forderungen sofort die Verhandlungen mit ihr aufnehme.

Bei dieser Streikbewegung handelt es sich weniger um eine solche der Eisenbahnarbeiter, die in der Mehrzahl im Deutschen Eisenbahnerverband organisiert sind, als um eine solche der bürgerlichen Eisenbahnbeamtenorganisation, die aus Konkurrenzgründen plötzlich die radikale Gewerkschaft mimt, während sie in wichtigen gewerkschaftlichen Fragen einen höchst rückständigen Standpunkt einnimmt. Der freigewerkschaftliche Deutsche Eisenbahnerverband hat diese Streikspielerei nicht mitgemacht, sondern geht selbständig vor, nachdem die Beamtenbündler kürzlich die Einheitsfront der Eisenbahner leichtfertig gesprengt haben.

Der ehemalige Welfenherzog will versorgt sein.

In der Klage des früheren Herzogs gegen den braunschweigischen Staat war vom Staatsministerium der Kompetenzkonflikt erhoben worden. Der Gerichtshof zur Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten hat, wie die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten" mitteilen, darauf am Montag entschieden, daß der Einspruch des Staatsministeriums unbegründet ist. Das Verfahren vor dem Landgericht wird nunmehr fortgesetzt werden.

Nichts geht über die Dreistigkeit der ehemaligen Fürsten: Trotz ihrer großen Privatvermögen verlangen sie von den früher von ihnen „regierten" Staaten auch das Staatseigentum, weil dieses früher die Bezeichnung „Königlich" oder „Herzoglich" trug. Daß die Gerichte in solcher rein politischen Frage Recht sprechen können, zeigt, wie wenig unsere Justiz in die heutige Zeit paßt.

Wieder ein Kriegsverbrecher entflohen.

W.T.B. meldet: Oberleutnant Ludwig Dittmar, der wegen Kriegsverbrechens vom Reichsgericht zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt und im Landgerichtsgefängnis in Naumburg untergebracht war, ist Sonntag nach entflohen. — Hierzu erfahren wir, daß sofort von der für die Strafvollstreckung zuständigen preußischen Justizverwaltung die umfassendsten Maßnahmen zur Aufklärung des Sachverhalts und zur Wiederergreifung des Entflohenen getroffen worden sind. Es ist eine Belohnung von 50 000 Mk. für die Ergreifung bereits ausgesetzt. Die Grenzstellen sind sämtlich benachrichtigt. Auch der Oberreichsanwalt hat sich sofort an Ort und Stelle begeben.

Nach dem „Naumburger Tageblatt" drangen die Leute, die Dittmar bei seiner Flucht aus dem Gefängnis halfen, mit einer Leiter an einem Tau in den Gefängnishof ein. Von dort erhielt der in einer Zelle des zweiten Stockwerks untergebrachte Gefangene eine sehr starke Stahlsäge, die er mit einer aus den zerschnittenen Bettlaken angefertigten Leine in die Zelle zog. Er zersägte einige Eisenstäbe des Zellenfensters und entkam durch die außerordentlich kleine Oeffnung. Die Nacht war dunkel. Die Straßen hinter dem Gefängnis sind nicht beleuchtet. In dem Kraftwagen, mit dem Dittmar entkam, sollen sich drei oder vier Männer befunden haben.

Dittmar war mit seinem Komplicen Boldt wegen Beihilfe zum Todschlag zu je 4 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Es handelte sich um Teilnahme an dem Verbrechen des Kapitänleutnants Patzig, der als Kommandant des U-Bootes 86 die Rettungsboote der „Llandovery Castle" versenkt hat, um die Augenzeugen der rechtswidrigen Torpedierung dieses Lazarettschiffs zu beseitigen.

Nachdem der Komplice Dittmars, Oberleutnant Boldt, bereits vor mehreren Monaten aus dem Hamburger Gefängnis entwichen ist, bedeutet diese erneute Flucht einen Skandal, der nicht nur innerpolitisch die deutsche Justiz schwer belastet, sondern auch schwere außenpolitische Folgen zeitigen kann. Jedenfalls haben die Personen, die Dittmar zur Flucht verholfen haben, Deutschland in eine ganz außerordentlich schwierige Lage versetzt und überdies wieder einmal gezeigt, daß für die Kreise der ehemals Bevorrechteten auch heute die Justiz einfach nicht existiert.

Lenin nach Genua delegiert.

Nach dem „Observer" wird sich die russische Delegation an der Konferenz von Genua wie folgt zusammensetzen: Lenin als Führer, Tschitscherin als Vizepräsident. Als Mitglieder: Krassin, Litwinoff, Joffe, Worowsky.

Tschitscherin hielt in der Sitzung des Vollzugsausschusses, der diese Delegation vornahm, eine Rede voll Anerkennung für England, allerdings auch mit einiger Sorge um Rußlands Selbständigkeit.

Ueber die Teilnahme Nordamerikas besteht nach wie vor Unklarheit; Harvey und Poincaré verhandeln darüber. Die türkische Regierung hat um Zulassung gebeten.

Die Braunschweiger Wahlen angefochten.

Die Landtagswahlen sind vom Senatspräsidenten Hampe insoweit angefochten worden, als bei der Briefwahl mehrere hundert Stimmen wegen ungenügenden Verschlusses der Umschläge für ungültig erklärt worden sind. Die eingehende Begründung der Beschwerde hebt am Schluß hervor, daß die Frage auch ohne Rücksicht darauf, ob deren Entscheidung das Endresultat der Wahlen ändere, von grundsätzlicher Bedeutung für die künftigen Wahlen sei.

Die Parlamentswahlen in Portugal.

Wie aus Lissabon gemeldet wird, gehören fast alle Kandidaten, die aus den Wahlen zur gesetzlichen Körperschaft hervorgegangen sind, den verschiedenen Gruppen der republikanischen Partei an und insbesondere der Gruppe der Demokraten. In Lissabon haben die Demokraten gleichfalls die Mehrheit erlangt; die Minderheit wird von den Monarchisten gebildet.

Vom Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaft.

Kürzlich tagte in Washington eine sogenannte Abrüstungskonferenz der großen Weltmächte. Es kommt aber nicht zur Abrüstung, weil die im Interesse der kapitalistischen Ausdehnung geleiteten Länder mit Kriegen als notwendiger Begleiterscheinung der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise rechnen. Immer neue gewaltige Kriegsschiffe werden gebaut, Waffen, Munition und sonstige Kriegsausrüstungen werden in ungeheuren Mengen erzeugt. Riesenwerte gehen dadurch der Volkswirtschaft verloren, denn Material und Arbeitskraft, die in Kriegsschiffen und anderen Mordinstrumenten hineingesteckt werden, sind im höchsten Maße unproduktiv verwertet; sie bringen wohl den Kriegslieferanten, niemals aber dem Volksganzen irgendwelchen Nutzen.

Neuerdings werden die nicht mehr zum Kriegsdienst gebrauchten Schiffe wieder abgewrackt. Wie ein Berliner Blatt aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat ein großer deutscher Konzern, dem einige der bedeutendsten Eisen- und Metall-Großfirmen Deutschlands angehören, nach langwierigen Verhandlungen mit der englischen Admiralität eine große Anzahl englischer Kriegsschiffe als „altes Eisen" angekauft. Es handelt sich um etwa dreißig Kriegsschiffe verschiedener Größe mit einer Gesamttonnage von mehr als 180 000 Tonnen. Unter den Schiffen befanden sich auch einige Torpedobootszerstörer der Klasse 1918, sowie einige Linienschiffe älteren Jahrganges. Es heißt sogar, daß zu diesen Kriegsschiffen, die nun auf den deutschen Schiffswerften verschrottet werden sollen, zwei Schiffe der „Ajax"-Klasse gehören. Der Gesamtkaufpreis für die Schiffe soll etwa eine halbe Million englische Pfund, also nach dem heutigen Stande unserer Valuta ungefähr 400 Millionen Papiermark betragen haben.

Der Zweck dieses Kaufes liegt einerseits darin, der deutschen Eisenindustrie Rohmaterial zu beschaffen. Die Schwierigkeiten, die in den Verhandlungen mit der französischen Eisenerzindustrie immer schärfer zutage getreten sind, haben zu dem Plane geführt, die deutschen Hochöfen mit den zersägten Panzerplatten englischer Schlachtschiffe zu speisen. Insbesondere benötigt nämlich die deutsche Industrie, vornehmlich für die Erzeugung von Automobilen und landwirtschaftlichen Maschinen das hochwertige Stahlmaterial, das aus den Kriegsschiffen gewonnen werden kann. Fünf der angekauften Schiffe sind, wie wir hören, bereits in verschiedenen deutschen Häfen eingetroffen, und an ihrer Abrüstung wird bereits gearbeitet. Die anderen sollen erst später übergeben werden. Selbstverständlich hat die englische Regierung den Verkauf der Schiffe an scharfe Kontrollbedingungen gebunden. So können von den maschinellen Anlagen der Schiffe nur Elektromotoren und Leitungsanlagen, sowie bestimmte andere Anlagen, wie Windaufzüge usw., verkauft oder anderweitig verwendet werden. Alles andere, selbst die Betriebsmaschinen der Schiffe müssen zerschnitten und zu Schrott verarbeitet werden. Die Schiffe werden also nicht etwa zu Handelsschiffen umgebaut, sondern im wahrsten Sinne des Wortes als altes Eisen verwendet werden. Mit der Kontrolle der Abrüstung und Verwendung der Schiffe ist die Interalliierte Marinekommission in Berlin beauftragt worden.

An sich ist es ja sehr erfreulich, wenn der Flottenkoller bei allen Mächten etwas nachläßt. Es würde aber viel vorteilhafter gewirtschaftet werden können, wenn das gewonnene Rohmaterial nicht erst die verschiedensten Stadien von Verwertungen durchzumachen hätte, bevor es für wirklich praktische Dinge in Gebrauch genommen wird.

Steuerliche Erfassung der Börsengewinne.

Ein Bankfachmann schreibt der Parteipresse: Die kolossale Haussebewegung im vergangenen Jahre hat auch an der Börse Umsätze gezeitigt, wie sie in früheren Zeiten wohl niemals vorgekommen sein dürften. Der Kurszettel, der früher nur einer verhältnismäßig kleinen Volksschicht bekannt war, ist sehr schnell zu einem „populären" Blatt geworden, dessen Ergebnisse vielfach mit großer Spannung erwartet werden. Daß durch die gegen Ende des vergangenen Jahres eingesetzte Baisse manche Hoffnung auf einen ansehnlichen Gewinn und mancher bereits realisierte Gewinn infolge von neuen schwebenden Engagements wieder verloren ging, bedarf keiner Frage. Ebenso sicher ist aber auch, daß gut unterrichtete Kreise und solche mit glücklicher Hand und guten Beziehungen ganz erhebliche Gewinne eingesteckt haben. Wohl jeder deutsche Bürger ist verpflichtet, sein volles Einkommen, ganz gleichgültig welcher Art, zu versteuern. Glaubt aber denn irgend jemand, daß diese Gewinne aus Börsengeschäften tatsächlich versteuert werden? Die Masse der Spekulanten, besonders die großen Spekulanten, tut dies überhaupt nicht oder nur in sehr bescheidenem Maße. Man weiß sehr genau, daß bei dem jetzigen Nichtbestehen irgendwelcher Handhaben eine Kontrolle dieser Gewinne durch die Steuerbehörden unmöglich ist. Muß denn dies nun für die Dauer so bleiben? Bei gutem Willen läßt sich doch manches bessern. Wie wäre es, wenn die Banken, die doch die Börsengeschäfte des Publikums zur Ausführung bringen, gehalten werden, die ihnen vorgeschriebene Schlußnote über jedes Börsengeschäft, die sie jetzt mit einer Durchschrift (für den Kunden) versehen, diese zweimal durchschreiben lassen? Die dadurch ohne jede Mehrarbeit gewonnene zweite Durchschrift müßte die Bank dann gehalten sein, der Steuerbehörde zuzustellen. Auf Grund dieser Schlußscheinkopie würde das Geschäft so bei der Steuerbehörde in einer Kartei festgelegt werden. Der Steuerpflichtige würde gehalten sein, eine Aufstellung seiner im Steuerjahre getätigten Börsengeschäfte nach dem etwaigen Gewinnausweis einzuliefern, und nun hätte die Behörde die Möglichkeit, diese Aufstellung an Hand der in der Kartei aufgezeichneten Zahlen zu prüfen.

Damit wäre ein Modus geschaffen, jeden Börsengewinn zu erfassen. Man komme nicht mit dem Einwand, die Steuerbehörde sei sowieso mit Arbeit überhäuft. Das derzeitige Personal soll zwar diese Arbeit nicht mitübernehmen. Es ist aber gewiß, daß sich durch diese neue Erfassung von Gewinnen Einnahmen erzielen lassen, so daß sich eine kleine Vermehrung der Steuerbeamten wohl lohnt. Die Börsengewinne können ja auch mit wesentlich höheren Steuersätzen belegt werden, als die Einkommen aus der Arbeit. Die Regierung sollte diese Anregung prüfen.

Eine sterbende Phantasie.

Unter dieser Spitzmarke lesen wir im „Vorwärts" u. a. folgende zeitgemäßen Sätze:

Die Märzaktion bedeutete nicht nur den materiellen und moralischen Bankrott des Putschismus, sie zeitigte auch den inneren Zerfall der KPD.. Mag die „Rote Fahne" die Abtrünnigen auch als „Führerkliquе" bespötteln, fest steht, daß fast alle bis zum März anerkannten Führer der KPD., wie Levi, Adolf Hoffmann, Däumig und so weiter sich von ihr gewandt haben. Mit ihnen sind fast alle Gewerkschaftsführer aus den Reihen der KPD. gegangen. Daß von 26 Reichstagsabgeordneten der KPD. 15 zur KAG. gegangen und nur 11 bei der KPD. geblieben sind, ist ein Symptom dafür, daß die Spaltung doch keineswegs so bedeutungslos ist, als man sie im kommunistischen Lager hinzustellen sucht. Und vor allem: es bröckelt unaufhaltsam weiter. Auf die Levi-Gruppe folgte die Friesland-Gruppe.

In dieser Not hat die Kommunistische Partei selber versucht, das Steuer herumzuwerfen. Es sei erinnert an jene merkwürdigen Artikel Karl Radeks in der „Roten Fahne", die ihrer Zeit hier gewürdigt wurden. Derselbe Radek, der die KPD. lange Zeit wie kaum ein zweiter in ihrer Putschtaktik bestärkt hat, setzt jetzt die Notwendigkeit auseinander, Koalitionspolitik zu treiben und die demokratische Politik gegen rechts selbst mit der Waffe zu verteidigen. Wenn die Moskauer Zentrale diese veränderte Taktik dekretiert, so heißt das doch nichts anderes, als daß sie die Einstellung der KPD. auf eine nahe Revolution preisgibt. Sie erkennt, daß Phantastereien in der Masse immer schwächeren Widerhall finden und verlangt eine realpolitische Einstellung, die freilich die festgelegte Führung der Partei nicht so bald zu finden vermag.

Ueberblickt man das Ganze, so ergibt sich folgende tragische Groteske: In der USP., die die erste Spaltung der einheitlichen Partei herbeiführte, ist die Sehnsucht nach Wiedervereinigung sehr stark geworden. Weiter: Dieselben Leute, die seinerzeit die USP. in Halle spalteten, um ihren linken Flügel zu den Kommunisten zu führen, sind mit der offiziellen Kommunistischen Partei zerfallen und erstreben mit vielen anderen den Wiederanschluß an die USP. Was noch an unbelehrbaren Phantasten übrig geblieben ist, zerfleischt sich selber in der größten Uneinigkeit. Die Politik der Phantasie hat sich selbst abgewirtschaftet, die Bahn für eine Wirklichkeitspolitik der Arbeiterklasse beginnt frei zu werden. Freilich nicht ohne die traurigen Begleiterscheinungen, daß der Todeskampf der Revolutionsphantastik einen Teil der ernüchterten Phantasten ins Lager der Indifferenten treibt. Aber sie werden wiederkommen, je mehr die Geschichte erweist, daß die starke Wirklichkeitspolitik der alten Sozialdemokratischen Partei das Bleibende und alle Phantasterei nur Episode in der Arbeiterbewegung gewesen ist.

Was die polnische Freundschaft Frankreich kostet.

Die Pariser Zeitung „Ere Nouvelle" veröffentlicht unter dem Titel „Was uns Polen schuldet" eine nicht uninteressante Zusammenstellung aller französischen Aufwendungen für den neuen Emporkömmling in den Jahren nach dem Waffenstillstande. Das Blatt erwähnt u. a. die Aufstellung der Armee Haller, die in Frankreich auf Kosten Frankreichs ausgerüstet und bewaffnet wurde. Ferner die Tatsache, daß nach dem Wortlaut des französisch-polnischen Vertrages vom 15. Januar alle französischen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, die nach Polen geschickt worden waren, zwar den polnischen Etat mit ihren Kosten belasteten, aber von Frankreich bezahlt wurden. Im Frühjahr 1920 hat Frankreich an Polen geliefert: 327 000 Gewehre, 2300 Maschinengewehre, 48 000 Revolver mit 518 Millionen Patronen, 1494 Kanonen von 75, 105, 130, 155 Millimeter mit 10 123 000 Granaten, 201 Flugzeuge, 250 Automobile und noch anderes Kriegsgerät in sehr beträchtlichen Mengen. Und als die polnischen Bauern keine Pferde hatten, schickte Frankreich nach Polen 24 200 Pferde mit 30 000 Tonnen Futtermaterial. Obwohl es zwar schwierig ist, Zahlen zu nennen, so kann man doch feststellen, daß im französischen Etat von 1920 und 1921 ein Kredit von zusammen einer Milliarde Franks vorhanden ist. Aber es ist ja bekannt, daß Polen in den allerungeschicktesten Augenblicken kriegerischen Geist bekundet, was die Expedition gegen das friedliche Litauen und die Unterhaltung eines 50 000 Mann starken Korps, um Wilna zu gewinnen, beweist. Nachdem das Blatt noch nähere Angaben über die Ausrüstung der Zeligowskischen Armee, die gleichfalls aus rein französischen Mitteln bestritten wurde, gemacht hat, schließt es: Bei dieser Ungleichheit zwischen Schuldner und Gläubiger muß man sich fragen, ob Frankreich nicht die Rolle des Dummen spielt, und ob es noch mehr angebracht ist, noch mehr Geld in dieses Faß der Danaiden zu schütten.

Bürgertum und Frauenrechte.

Der Bund deutscher Frauenvereine, dem rund 40 Verbände angeschlossen sind, fordert in einem Aufrufe, der auch den Reichstagsabgeordneten übersandt worden ist, die Zulassung der Frauen zum Amt der Schöffen und Geschworenen. In dem Aufruf heißt es: „Im Ausland, vor allem in den germanischen Ländern, in Oesterreich, Norwegen, Dänemark, England, aber auch in Amerika, Australien und der Tschechoslowakei ist die Frau mit bestem Erfolg zum Laienrichteramt zugelassen. In Deutschland hat sich die Mitwirkung der Frau in den Schlichtungsausschüssen, in den Miet- und Pachteinigungsämtern durchaus bewährt. Es wäre eine unbegreifliche Inkonsequenz, wenn die deutsche Frau, die das Wahlrecht besitzt, vom Laienrichteramt ausgeschlossen bliebe."

Die bürgerlichen Frauen tun gut, ihre Forderungen mit größtem Nachdruck an die bürgerlichen Parteien zu richten. Dort ist der Widerstand. In unserer Partei ist keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die Frauen auch zu Geschworenen und Schöffen berufen werden müssen.

Vor einem Streik der polnischen Staatsbeamten. Wie aus Warschau gemeldet wird, sind die Staatsbeamten mit Lohnforderungen an die Regierung herangetreten. Diese lehnte die Forderungen ab, worauf die Staatsbeamten erklärten, Vorbereitungen zu einem scharfen Kampf treffen zu wollen.

Russisch-deutsches Milliardenabkommen. Laut „Prawda" ist zwischen der Deutschen Osteuropäischen Kreditbank und der Sowjetregierung ein Abkommen getroffen worden, wonach die Sowjetregierung sich verpflichtet, in Deutschland Lokomotiven, Maschinen, landwirtschaftliche Gerätschaften usw. im Werte von 4 Milliarden Mark zu bestellen. Von dieser Summe soll ein Siebentel bar in Gold sofort, drei Siebentel sollen im Juli 1924 und der Rest in Konzessionen auf Gruben und Wälder in den Provinzen Wologda und Wjatka bezahlt werden.

Attentat auf den japanischen Ministerpräsidenten. Auch der neue japanische Ministerpräsident Vicomte Takahashi ist das Opfer eines Mordversuches geworden. Der Attentäter, ein junger Bauer, wurde sofort verhaftet. Bei der Untersuchung des Vorganges kam die Polizei auf die Spur eines von langer Hand vorbereiteten Komplottes, das sich die Beseitigung von hundert der angesehensten japanischen Staatsmänner zum Ziel gesetzt hatte und auf dessen Konto wahrscheinlich auch die unlängst erfolgte Ermordung des früheren Ministerpräsidenten zu setzen ist.

Geldreform in Lettland. Lettland wird der erste Staat in Osteuropa sein, der seine Währung neu, und zwar auf Gold aufbaut. Als Geldeinheit wird der lettische Goldfranc unter der Bezeichnung Lat und mit einem Feingehalt von 0,2903226 Gramm Reingold vorgeschlagen; 100 Centimes werden gleich einem Lat sein. Fürs erste sind nur Goldmünzen im Werte von 20 Lat geplant. Neben dem Währungsgeld, den Goldmünzen also, soll noch Wechselgeld (Scheidemünzen also) im Werte von 5, 2 und 1 Francs und Metall-Kleingeld im Werte von 50, 20, 10, 5, 2 und 1 Centimes ausgeprägt werden. Alle Verträge, Abmachungen usw. haben fortan auf Goldlat zu lauten, alle Steuern, Abgaben und sonstige Zahlungen sind in Goldlat zu leisten, ja es sollen selbst, falls nicht ausdrücklich anders bestimmt, alle bereits getätigten Abschlüsse als in Goldlat abgeschlossen angesehen werden. Die bisherigen Staatskassenscheine bleiben bis zur Einziehung aus dem Verkehr noch gesetzliches Zahlungsmittel.

Die Ueberwindung der deutschen Kleinstaaterei. Wie in der letzten Sitzung der Zentralstelle für Neugliederung des Reiches mitgeteilt wurde, sind in Süddeutschland seit längerer Zeit Bestrebungen im Gange, durch eine Vereinigung von Württemberg und Baden ein Groß-Schwaben zu schaffen, dem auch das mitten in Württemberg gelegene preußische Ländchen Hohenzollern-Sigmaringen einverleibt werden soll. Vorerst sind die Verhandlungen jedoch ins Stocken geraten. Bezüglich Waldeck-Pyrmonts, das seinen Anschluß an Preußen vollzogen hat, gab die Zentralstelle des Reiches ihre Zustimmung und fügte den Wunsch hinzu, daß der noch verbliebene Rest des Ländchens Waldeck sich ebenfalls mit Preußen vereinigen möge. Die beiden Lippe könnten gleichfalls eingeladen werden, diesen Weg zu gehen, wie denn überhaupt die meisten der ehemaligen Fürsten- und Herzogtümer, die mitten im preußischen Staatsgebiet liegen, sich mit diesem vereinigen könnten.

Polnische Propagandastelle in Memel. In Memel haben die Polen mit Erlaubnis der Franzosen (!!) eine amtliche Propagandastelle eingerichtet, die der polnischen Propaganda in Ostpreußen als Rückhalt dienen soll. An ihrer Spitze steht ein berüchtigter polnischer Agent aus der Abstimmungszeit, der nach der Abstimmung das Abstimmungsgebiet schleunigst verlassen hatte, nunmehr aber wieder versucht, alte Verbindungen mit Allenstein und Ortelsburg aufzunehmen.

Personaleinschränkung bei der deutschen Eisenbahn. Umfangreiche Personaleinschränkungen sind bei der Reichseisenbahn geplant. Bis zum 31. März 1922 sollen 20 000 Arbeiterentlassen werden. Hiervon treffen auf Preußen-Hessen 15 000, auf Bayern 1800, auf Sachsen 1400, auf Württemberg 600 usw. Von den 20 000 zu Entlassenden entfallen 5000 auf die Werkstätten; hierbei sollen die Lehrlinge, die am 1. April ausgelernt haben und die Eisenbahn verlassen, mitgezählt werden. Etwa 8000 bis 9000 Arbeiter, die für die Entlassung vorgesehen sind, sind Bauarbeiter, welche im Baugewerbe alsbald benötigt werden. Diese Maßnahme hängt mit der Wiederherstellung des Gleichgewichts des Etats der deutschen Eisenbahnen zusammen.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 26 | Dienstag, den 31. Januar 1922 | 13. Jahrgang

Danziger Nachrichten.

Die schärfste Waffe.

„Ihr deutschen Arbeiter, ihr seid sonderbare Leute; euch muß man erst sagen, daß es euch schlecht geht, daß ihr Hunger leidet und daß es euch besser gehen könnte . . ." Ferdinand Lassalle.

Diese an die Spitze gestellten Worte treffen auch heute noch für eine große Anzahl unserer Volksgenossen zu. Solche Leute haben noch nicht erkannt, daß die Zeitung eine der schärfsten Waffen des Proletariats ist. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, welche bürgerliche oder sonstige die Arbeiterpartei bekämpfende Zeitungen lesen, zerbrechen ihre eigenen Waffen und schärfen die ihrer Gegner. Sie begehen Verrat an sich selbst und an ihren Klassengenossen und stärken die Machtmittel ihrer Feinde.

Jeder unserer Genossen und jede unserer Genossinnen muß bestrebt sein, ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, Hausgenossen und Hausgenossinnen vom Abonnement auf die bürgerliche Presse abzuhalten und neue Abonnenten für die beste Vertreterin der proletarischen Interessen, für die „Volksstimme" zu gewinnen. Die beste Gelegenheit gibt dazu der bevorstehende Monatswechsel.

Die Kämpfe auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet, welche die Arbeiterschaft auszufechten hat, erfordern das volle Verständnis der Arbeiter und Arbeiterinnen. In dieser Hinsicht ist ihm eine eigene Zeitung, die frei von kapitalistischen Einflüssen ist, unentbehrlich.

Die Voraussetzung für den Sieg der Arbeiterklasse ist die große Verbreitung und damit die Stärkung des Einflusses ihrer Presse. Genossen und Genossinnen, werbet unablässig neue Abonnenten für die „Danziger Volksstimme".

Nachwehen des 4. August.

Beleidigung des Senatspräsidenten durch die Abgeordneten Mau und Rahn.

Die Abgeordneten Rahn und Mau hatten sich gestern vor dem Schöffengericht wegen Beleidigung des Senatspräsidenten Sahm zu verantworten. Die Beleidigung wurde am 4. August im Volkstagsgebäude begangen. Rahn und Mau waren in der Sitzung des Aeltestenausschusses, wo verlangt wurde, daß die Schutzpolizei entfernt werde. Man kam in großer Erregung aus dem Sitzungszimmer, um nach dem Sitzungssaal zu gehen. Auf diesem Wege kamen die beiden Abgeordneten am Büfettisch vorüber, an dem Präsident Sahm saß. Mau rief nun dem Präsidenten zu: „Da sitzt der Lump, der uns als Verbrecher bezeichnet hat. Sie tragen die ganze Schuld an dem, was da kommen wird. Sie sind ein Verräter an der Freiheit des Freistaats. Sie sind die längste Zeit hier gewesen." Rahn mischte sich ein, doch sind seine Aeußerungen nicht mehr festzustellen. Er selber gibt zu, Sahm einen Verbrecher genannt zu haben. Die Angeklagten beriefen sich auf die Immunität als Abgeordnete. Auch bei der Tätigkeit in den Ausschüssen, Fraktionssitzungen, in allen Räumen des Volkshauses, ja, in den Versammlungen, in denen sie als Abgeordnete auftreten hätten sie den Schutz der Immunität zu beanspruchen. Außerdem hätten sie die Beleidigung erwidert, die der Präsident ihnen in dem Aufruf vom 2. August zufügte, in dem sie als Verbrecher hingestellt wurden. Sie hätten sich ferner in großer Erregung befunden und sich da in der Form nicht gewählt ausgedrückt. Rahn erklärte, daß zwischen dem Senatspräsidenten Sahm und ihm gelegentlich eines Empfanges beim Oberkommissar Haking eine versöhnende Aussprache stattgefunden habe, worauf sich beide die Hand gereicht hätten. Die Senatoren Fuchs und Senftleben machten als Zeugen Bekundungen über den Vorgang, die sich mit den Angaben der Angeklagten ziemlich deckten. Die Aeußerung Rahns haben sie nicht gehört. Der Amtsanwalt beantragte gegen jeden Angeklagten 600 Mark Geldstrafe. Das Gericht kam zu folgendem Urteil: Eine strafbare Handlung eines Abgeordneten kann auch im Sitzungssaal erfolgen. Die Immunität steht somit in diesem Falle den Angeklagten nicht zur Seite. Strafschärfend ist, daß die Beleidigung gegen den Präsidenten erfolgte, strafmildernd kommt die Erregung in Betracht. Rahn wurde wegen Beleidigung zu 300 Mark, Mau zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt.

Ein demagogischer Trick.

Der Zentrumsabgeordnete Gaikowski gegen den Zentrumssenator Schümmer.

In einer der letzten Volkstagssitzungen erlitt das Zentrum eine derbe Abfuhr, weil es durch einen Agitationsantrag den ungünstigen Eindruck seiner beamtenfeindlichen Abstimmung verwischen wollte. Das zentrümliche Vorgehen wurde allgemein als Demagogie gebrandmarkt.

Jetzt kommt der Zentrumsmann Gaikowski mit einem neuen Trick. Daß der Zentrumssenator Schümmer die Lehrlinge der bestreikten Waggonfabrik von Schutzpolizei begleiten läßt, erregt in der Arbeiterschaft viel böses Blut. Anstatt nun innerhalb der Zentrumsfraktion für Abstellung des verwerflichen Verhaltens Schümmers zu sorgen, richtet Gaikowski großzügig folgende Anfrage an den Senat:

Seit dem 10. Januar 1922 stehen die Arbeiter der Waggonfabrik zu Danzig im Streik, weil die Direktion der Waggonfabrik den gefällten Schiedsspruch des gesetzlichen Schlichtungsausschusses zu Danzig ablehnte. An diesem Streik ist die gesamte Belegschaft der Waggonfabrik beteiligt. Unruhen sind bis zur Stunde nicht zu verzeichnen. Seit dem 24. Januar werden die Lehrlinge des Betriebes von berittenen Schupobeamten und weiteren Polizeibeamten von ihren Wohnungen abgeholt und unter polizeilicher Begleitung zur Arbeitsstelle gebracht. Die Lehrlinge werden zum Abladen der Kohlen und Eisenwaggons verwendet und so ihrem Lehrberuf entzogen. Geschieht dieses im Einverständnis mit dem Senat? Wenn nicht, was gedenkt der Senat zu tun, um diese einseitige Parteinahme für einen Stand zum Schaden der Arbeiterschaft zu unterbinden?

Durch diese Anfrage soll der Oeffentlichkeit Sand in die Augen gestreut werden.

Gosda *Schnupftabak*
garantiert rein gekachelt
Ueberall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Häkergasse 5.

Die Preise steigen

Durch rechtzeitige grosse Einkäufe vor **Inkrafttreten des**
Zolles
sind wir i. d. Lage, gutes Gebrauchs- und Luxus-Schuhwerk jeder Art
jetzt noch hervorragend billig
zu verkaufen.

Herren-Filz-Schnallenstiefel Leder-Ringsbes. warm Flauschfutt. stark. Leders., Gr. 43-47 **169,-**

Herren-Rindbox-Schnürstiefel m. Derby echte Kappe, gute Passform **295,-**

Herren-Schnürstiefel echt Boxkalf m. warm. Futter, Zwischensohle u. randgenäht **475,-**

Kamelhaarstoff-Schlüpfer mit Filz- und Spaltledersohle, sehr warm, Gr. 36-42 **35,-**

Filz-Schnallenstiefel mit Filz- und starker Ledersohle, Absatzfleck, Gr. 36-42 **58,50**

Damen-Chevr.: Schnürschuhe Lackkappe Derbyschnitt gutes Material tadellos. Sitz **195,-**

Damen-Rindbox-Schnürstiefel vorzügl. Material, bequeme Form **250,-**

Damen-Lack-Schnürschuhe elegante Form, für Strasse und Gesellschaft . . **295,-**

Damen-Strümpfe, Herren-Socken
in bekannt prima Qualitäten **noch** sehr billige Preise.

Preiser
Langgasse 73
6040

Ich bin das Schwert!

Roman von
Annemarie von Nathusius.

25) (Fortsetzung.)

„Ein anderes Erlebnis suchen", sagte ich leise. „Es gibt so viele Frauen, arm wie ich, verlassen wie ich, mit treuerem Herzen, ganz gewiß." Die Tränen liefen mir übers Gesicht. „Was kann ich dafür?" jammerte ich. „Wenn ich erwache, denke ich nicht mehr an Sie. Wenn ich einen Hufschlag höre, denke ich nicht mehr: das ist er. Wenn ich ihren Schritt höre, schlägt kein Puls schneller, kein Jubel, kein Zittern befällt mich mehr." Immer leidenschaftlicher fuhr ich fort: „Was kann ich dafür? Ihre Rosen stelle ich nicht mehr allein in die Vase, Ihre Briefe öffne ich nicht mehr rascher, als irgendwelche andere. Und manchmal denke ich: Ach käme er nur heute nicht."

Er hatte sich erhoben. Blaß, unbewegt stand er da in der bunten Uniform gegen die kahle Hecke. In seinen Augen glühte es auf. War es Haß, Wut, Verachtung? Er machte mir eine gemessene Verbeugung, als ich schwieg, wandte sich und ging.

Ich wollte rufen: „Ich danke dir — er war schön, dieser Sommer, ich danke dir", aber ich vermochte es nicht. Er ging so rasch und ich stand wie festgeschmiedet. Erste Regentropfen fielen wie milde Tränen auf mein heißes Gesicht.

Gewohnheit, du Torschlußer auer Glut und Wonne! Wie ich dich hasse, du bürgerliche Tugend Gewohnheit, du gleichmäßige sklavische Kette, du Vernichterin aller Reize des Lebens! —

Am Abend schrieb ich an Türmer:

„Muß man schon mit dreiundzwanzig Jahren erfahren, daß es keine hohen und tiefen Gefühle gibt? An was soll ich mich halten, wenn alles um mich her in Trümmer geht? Woraus schöpften unsere Dichter ihr Glück, ihre Glut, ihren reinen Glauben, der Berge versetzt? Was hebt sie über den Alltag empor? Was macht sie so tief und so stark? Ich habe das Gefühl, zu ertrinken. Wie kann ich mich retten aus der Trivialität meines Alltags, aus der Verlogenheit meines Lebens, meiner Verhältnisse?"

Türmer schrieb mir zurück: „Die wenigsten Menschen gelangen zu einer auch nur oberflächlichen Erkenntnis der Dinge. Das Erkennen ist ein Leidensweg und dennoch die einzige Möglichkeit, sich zu erweitern, zu bereichern, zu vertiefen. Ihrem leidenschaftlichen Herzen sind noch viele Enttäuschungen vorbehalten. Aber Ihr starker Drang zum „Erlebenwollen" und Ihre Liebe zur Ehrlichkeit im höheren Sinne werden Ihre besten Führer sein. Gedenken Sie in allen Kämpfen, aller Not Ihres treuesten Freundes

Jochen Türmer."

*

In jener Zeit des Alleinseins machte Hans Wandlitz wieder Versuche, sich mir zu nähern. Aber selbst die weiten Ritte, die wir zusammen unternahmen, brachten in mir nicht einmal mehr ein kühles Gefühl der Kameradschaft auf. Er erzählte mir daß mein Bruder Christian Schulden habe, die er, Wandlitz, bereits einmal tilgte, jedoch ohne irgendeinen Erfolg. Er sei dem Spielteufel ergeben und stünde wieder vor dem Zusammenbruch. Am Tage darauf kam mein Vater. Ich hatte das Gefühl, daß er Hans Wandlitz um geschäftliche Hilfe bitten wollte. Meine Hoffnung, von ihm die Erlösung aus dieser entwürdigenden Ehe zu erbitten, sank in nichts zusammen. Und dennoch wagte ich eine kurze Aussprache. Ach, was bekam ich zu hören! Gut, daß meine Mutter diesen Schmerz nicht mehr erlebt habe. Ihr Kummer, ihre Angst um mich seien berechtigt gewesen. Wohin hätte ich mich verirrt! Ob ich mich denn um die Abschaffung aller anständigen Gefühle bemühte? Wenigstens Dankbarkeit müßte ich meinem Manne gegenüber aufbringen können. Und womit hätte er, mein Vater, diesen Skandal verdient. Dächte ich denn gar nicht an die Ehrwürdigkeit unseres Namens, unserer Tradition? Und zuletzt — wer sollte mich erhalten, für mich sorgen, wenn ich auf und davon ging? Er könnte jeden Tag die Augen schließen, was würde dann aus mir? Glaubte ich, in Falkenhain eine Heimat zu haben, wo vom nächsten Frühling an, wenn Robert den Abschied nahm, Melitta die Hausfrau sei? Oder ob ich die Trennung etwa wünsche, um mich mit einem anderen zu verheiraten? Ich sollte mich hüten, Wünschen und Begierden nachzugeben, die in jedem Falle einen Zusammenbruch, eine Schmach bedeuteten, einen Verrat an den Gütern meiner Familie, meines ganzen Standes.

„Und die, die es alle Tage tun? Ist Johanna Treuenfels nicht geschieden, Käte Dannewitz, Vera Borke?"

Mein Vater sah mich an. Sein Auge flammte, seine Stirn rötete sich. „Haben sie eine besondere Stellung in der Gesellschaft, trotzdem sie nicht als schuldiger Teil erklärt wurden? Die eine hat wieder geheiratet, aber ihr Mann bekam den Abschied als Gesandter in Dresden, weil eine geschiedene Frau nun einmal keine Stellung hat. Fahnenflüchtig war sie doch" Er schlug auf den Tisch. „Und recht hat sie doch nicht, denn man heiratet nicht, um sich zu küssen und zu vergnügen, sondern einen schweren, verantwortungsreichen Vertrag zu halten, den man mit seinem Blute unterschrieb. Die Kinder sind das Ziel einer Ehe und nicht der Genuß."

(Fortsetzung folgt.)

Ein geschäftstüchtiger Kapellmeister. Der Kapellmeister W. L. in Danzig schloß mit dem Schriftsteller Borchert in Charlottenburg einen Vertrag, nach dem L. zu einem Opernlext des Borchert die Vertonung machen sollte. Die Sache zog sich endlos hin und L. beantwortete die Briefe des Borchert nicht. Schließlich holte sich L. den Rat des damaligen Oberregisseurs Lange am Stadttheater in Danzig ein und dieser versprach sich von der Oper nicht viel. L. verlangte 800 Mark von Borchert, da er diesen Betrag an den Oberregisseur zu zahlen habe. Das Geld wurde auch an L. abgesandt, dieser aber behielt das Geld. Erst als der Schriftsteller mit Anzeige drohte, bekam er das Buch und das Geld zurück. Der Oberregisseur hatte niemals etwas von dem Gelde erhalten. Das Gericht sah in der Forderung der 800 Mark einen Betrug und erkannte auf 400 Mark Geldstrafe.

Goldene Uhr und Kette gefunden. Die Verkäuferin L. Gr. bediente im Geschäft eine wohlhabende Dame, die in einem Ankleidekabinett ein Kostüm anpaßte. Dabei vergaß die Dame ihre goldene Kette mit Uhr und einem Bleistifthalter. Die Verkäuferin bemerkte dies und nahm die Sachen an sich, als die Dame fortgegangen war. Anstatt diese Fundstücke dem Geschäft abzuliefern, gab die Verkäuferin sie ihrem Schwager, dem Arbeiter K. Gr. in Schiblitz. Die Dame setzte durch Anzeige eine Belohnung von 1000 Mark für den ehrlichen Finder aus, da sie nicht wußte, wo sie den Verlust erlitten hatte. Gleichzeitig meldete sie den Verlust auf dem Fundbureau. Gr. meldete nun die Sachen auf dem Fundbureau und gab an, sie am Zoppoter Strande gefunden zu haben. Auf dem Fundbureau wurde ihm gesagt, daß jene Dame eine solche Uhr mit Kette und Bleistift verloren habe und ein Preis ausgesetzt sei. Gr. brachte nun die Sachen zu jener Dame und erhielt auch die Belohnung von 1000 Mark. Die Wahrheit kam aber bald heraus und es erfolgte Anklage. Das Schöffengericht verurteilte die Verkäuferin wegen Diebstahls zu 5 Tagen Gefängnis, Gr. wegen Betruges zu 500 Mark Geldstrafe.

Ein eigentümlicher Taschendiebstahl. Der Friseur Zamek war vor dem Schöffengericht wegen Taschendiebstahls angeklagt. Eine Frau kam aus einer hiesigen Bank heraus, während der Angeklagte in die Bank hineingehen wollte. Der Frau war die Handtasche aufgegangen und sie lud förmlich dazu ein, die Tausendmarkpäckchen aus der Tasche herauszunehmen. Das geschah auch und die Frau war 3000 Mark los. Sie hat einen Eid darauf geleistet, daß der Angeklagte diesen Griff in die Tasche getan und die drei Päckchen Geld sofort einem jungen Menschen gegeben habe, der vor der Türe auf der Straße stand. Sie stellte auch sofort den Angeklagten und machte auf der Bank und einem Polizeiwachtmeister Anzeige. Der Angeklagte leugnete den Diebstahl und als er verhaftet werden sollte, stand er am Hause und zählte Geld. Er hatte 100 000 polnische und 7000 deutsche Mark bei sich. Dies Geld war aber nicht das gestohlene. Der Amtsanwalt war überzeugt, daß der Angeklagte der Täter ist und beantragte 8 Monate Gefängnis, da die ausländischen Taschendiebe scharf angefaßt werden müßten. Das Gericht trug aber Bedenken bezüglich der Tat. Der Verdacht ist groß, aber die Frau könnte sich doch geirrt haben. Der Angeklagte wurde freigesprochen.

Zwei Kinderleichen auf einem Eisenbahnwaggon gefunden. Auf einem Eisenbahnwaggon, welcher am 27. 1. 1922 hier auf dem Weichselbahnhof aus Dubica (Polen) mit Holzstämmen eingetroffen ist, wurden von Holzarbeitern beim Entladen zwei Kindesleichen vorgefunden. Die eine Leiche, ein etwa 10 Jahre altes Mädchen, war nur notdürftig mit Lumpen bekleidet und in einem Stück Sacktuch eingewickelt. Die zweite Leiche, ein etwa 1½ Jahre alter Knabe, war völlig nackt, nur Kopf und Brust mit einem Stück Leinenzeug umwickelt. Der Waggon mit dem Holz ist am 28. 12. 1921 von Dubica abgesandt worden und somit bereits 4 Wochen unterwegs gewesen. Zwischen der Ladung (Holzstämmen) und der etwa 75 Zentimeter hohen Seitenwand des Waggons war ein etwa 25 Zentimeter breiter Raum freigeblieben, in dem die Leichen hintereinander vorgefunden wurden. Sie müssen bereits bei gelinder Witterung in den Waggon gelegt worden sein, denn die eine Leiche, die mit der Bauchseite auf dem Waggonboden lag, war auf dieser Seite bereits in Verwesung übergegangen und ist dann nachträglich in diesem Zustande gefroren. Beide Leichen waren infolge inzwischen eingetretenen Schneefalls mit Schnee bedeckt, sie rühren zweifellos aus Polen her.

Aeußere Verletzungen sind an den Leichen nicht wahrzunehmen. Diese sind beschlagnahmt und befinden sich zurzeit in der Leichenhalle in Neufahrwasser.

Auf frischer Tat ertappt. Am 27. Januar mittags wurde der Tischler Fr. Gr. von einem Beamten der Schutzpolizei festgenommen, als er gerade ein Haus in Langfuhr mit einem Paket verlassen wollte. Wie festgestellt wurde, befanden sich in dem Paket 2 Schlafdecken, 2 Paar lange Stiefel, 4 Meter Hemdenstoff, 1 Klammerschürze, 1 Militärwaffenrock u. a. Sachen im Gesamtwerte von 5130 Mk., die der Genannte aus dem betreffenden Hause gestohlen hatte. Außerdem wurden bei ihm ein Stemmeisen, zwei Dietriche und ein Nachschlüssel vorgefunden.

Ohra. Am Mittwoch hielt der Sozialdem. Verein Ohra in der „Ostbahn" eine Generalversammlung ab, in der Genosse Müller über die Justiz und ihre Reformen sprach. Redner beschäftigte sich insbesondere mit der Zusammensetzung der Geschworenenbänke und mit der Heranziehung der Frauen zu Schöffen und Geschworenenämtern. Genosse Beyer gab sodann die Abrechnungen, worauf ihm Entlastung erteilt wurde. In den Vorstand wurden gewählt: die Genossen Bernh. Schmode, Vorsitzender, Beyer, Kassierer, Schilke, Schriftführer, Post und Richter, Beisitzer. Zu Revisoren wurden gewählt die Genossen Kleinschmidt, Radandt, und Thomas. Der Bildungsausschuß besteht aus den Genossen Cmentowski, Post, Beyer, Knitter, Richter, Lagodni sen. und der Gen. Gaebel. Den Jugendausschuß bilden die Genossinnen Schmode und Gaebel, die Genossen Kleinschmidt, Richter, Beyer, Post. Als Zeitungskommission amtierten die Gen. Strauch, Mielke und Gaebel. Als Fahnenträger wurden gewählt: die Gen. Temp, Golz, Lagodni, Cmentowski, Leiding und Zube.

Unter Verschiedenem wurde die Mietserhöhung besprochen und Aufklärung gegeben.

Eichwalde. Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Volkstagsabgeordneter Genosse Beyer-Ohra referierte über „Unser Ziel". Er zeigte die Entwicklung der jetzigen Wirtschaftsordnung und wie nur der Sozialismus die erwerbstätige Bevölkerung zu einem besseren Dasein führen werde. Die Befreiung aus allen politischen und wirtschaftlichen Fesseln sowie Hebung auf eine höhere Kulturstufe sei das große Ziel des Sozialismus. Zwar haben die Machthaber verstanden, das Volk Jahrhunderte hindurch zu unterdrücken, jetzt verlangt es sein Recht und seine Freiheit. Je stärker die Organisationen der Arbeiterschaft sind, je eifriger jeder an sich und der Ausbreitung unserer Ziele arbeitet, je eher komme die Verwirklichung unserer Ziele. Die Ausführungen wurden mit regem Interesse verfolgt. Mit der Mahnung, daß jeder Parteigenosse die „Volksstimme" halte und für weitere Verbreitung sorge, schloß die Versammlung.

Aus dem Osten.

Marienburg. Ein Opfer des Frostes. Einem Gastwirt aus der Umgegend waren bei der Rückfahrt von hier in der strengen Kälte die Finger beider Hände erfroren. Er wurde in eine Klinik gebracht, wo die Finger durch Operation abgenommen werden mußten.

Swinemünde. Abbruch der Seebrücke. Nachdem Magistrat und Badedirektion vor einiger Zeit den Abbruch der Seebrücke beschlossen und die Ausschreibung des Abbruchs veranlaßt hatten, haben die Stadtverordneten nunmehr ihre Zustimmung erteilt. Das Höchstgebot wurde von der Firma C. Evert in Halle a. S. mit 270 000 Mark abgegeben; dieser Firma wurde der Zuschlag erteilt. Für das Inventar wurden von derselben Firma 50 000 Mark geboten; auch hierfür wurde der Zuschlag erteilt. Mit dem Abbruch des umfangreichen Baues, der bekanntlich aus einer Riesenhalle und zahlreichen Nebenräumen besteht, wird in allernächster Zeit begonnen.

Neßhof. Beim Rodeln den Tod gefunden. Am Sonntag nachmittag ist der Gerichtssekretär Walter Rock beim Rodeln tödlich verunglückt. Es ist anzunehmen, daß Herr Rock während der Fahrt die Gewalt über den Schlitten verloren und in einer Kurve so heftig gegen einen Chausseestein anprellte, daß ihm der Brustkasten eingedrückt wurde und er schwere Kopfverletzungen davontrug, die den Tod herbeiführten.

Pillau. Geborstene Ordnungssäulen. Beim Staatlichen Hafenbauamt Pillau ist man Betrügereien auf die Spur gekommen, die der Vorsitzende der Ortsgruppe Pillau des Verbandes nationalgesinnter Soldaten und Arbeiter, Spielberger, im Verein mit dem Beamtenanwärter Klinger seit längerer Zeit verübte. Sie machten das in der Weise, daß sie fingierte Namen auf Lohnlisten setzten und dieses Geld dann für sich behielten und einen fröhlichen Tag lebten. Beide sind sofort entlassen und ein Strafverfahren wird wohl eingeleitet. Es handelt sich um zirka 20 000 Mark. — Das sind die Leute, die das gesunkene deutsche Volk wieder aufrichten wollen.

Schwetz. Erschossener Wilderer. In der Forst von Gr. Sibsau beobachtete der Förster einen auf Anstand befindlichen gut gekleideten Wilderer in Sportpelz und eleganten langen Stiefeln. Der Förster rief dem Wilddiebe zu, sofort das Gewehr fortzuwerfen, was der Angerufene auch tat. Als der Wilderer dann aber einen umgehängten Karabiner ergriff und Miene machte, auf den Forstbeamten zu feuern, gab der Förster zwei Schrotschüsse ab, von denen einer dem Wilderer den Arm zerschmetterte. Der Verletzte ließ jetzt auch den Karabiner fallen, riß dann aber eine Pistole hervor und versuchte sie zu entsichern, was ihm aber wegen seiner schweren Verwundung nicht gelang. Nach kurzem Ringen entriß ihm der Förster die Waffe. Der Verwundete starb infolge des großen Blutverlustes auf dem Transport nach dem Graudenzer Krankenhause. Ueber seine Personalien hatte er jede Auskunft verweigert.

Allenstein. Unter dringendem Verdacht der Ermordung des Holzkaufmannes Kuckenbecker wurden auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft die Brüder Kaufmann Otto Kunz und Händler Paul Kunz aus Okarben, Kreis Sensburg verhaftet und dem hiesigen Justizgefängnis eingeliefert.

Allenstein. Selbstmordversuch eines Mörders. Der Arbeiter Joseph Piejdach aus Osterode, der zusammen mit seinem Bruder wegen gemeinschaftlichen Mordes an der unverehelichten Arbeiterin Martha Rudnitzki aus Löbau vom Schwurgericht Allenstein am 16. Januar d. Js. zum Tode verurteilt wurde, versuchte in einer der letzten Nächte in seiner Zelle des Gerichtsgefängnisses in Allenstein sich zu erhängen. Durch die Aufmerksamkeit des nachtdiensthabenden Gefängnisbeamten wurde der Selbstmord verhindert.

Königsberg. Ein äußerst dreister Einbruch wurde in das Geschäftshaus der Firma Kliewe u. Co. ausgeführt. Gestohlen wurden große Mengen Webwaren. Der Wert ist sehr bedeutend. An dem Einbruch sollen acht Männer beteiligt gewesen sein, von denen vier Schmiere standen.

Cranz. 2 Kinder verbrannt. In der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag brannte am Schmiedeweg ein Gartengebäude, wahrscheinlich infolge Ueberheizung vollständig nieder. Dabei verbrannten zwei Kinder. Das eine, etwa drei Monate alte, konnte erst gar nicht mehr aus dem Feuer herausgeholt werden. Das andere, drei Jahre alt, das der Vater aus dem brennenden Hause rettete, starb im Laufe des Tages im Krankenhaus an den erlittenen Brandwunden. Dicht neben der Brandstelle befindet sich ein Vergnügungslokal, in dem gerade der Kriegerverein sein Fest feierte. Nach erfolgtem Feuerlärm bemächtigte sich der Festteilnehmer eine Panik, die sich darin äußerte, daß sie Fenster und Türen einschlugen, um sich zu retten, weil sie annahmen, daß auch das Festlokal Feuer gefangen hatte. Doch beruhigten sich die wackern Kriegervereinler bald wieder. Als die Feuersgefahr vorüber war, forderte die Festleitung auf, das so jäh gestörte Fest fortzusetzen und — man folgte dieser Aufforderung und tanzte bis zum Morgen!

Bromberg. Lukowski mußte „gehen". Der berüchtigte Stadtpräsident von Bromberg, Lukowski, einer der wütendsten Deutschenhetzer, hat nach Aufdeckung seiner üblen Geschäftsgebarung in Lemberg, wo er früher „tätig" war, sein Amt niederlegen müssen.

Aus aller Welt.

Die Theaterkatastrophe in Amerika. Die Räumung der Trümmer des Lichtspielhauses Knickerbocker ist um Mitternacht beendet bis auf einen Teil, in dem sich das Orchester befand und in dem man keine weiteren Leichen zu finden glaubt. Die Verletzten lagen unter Massen von Eisen, Beton, Stahl und Holz. Viele Personen verdanken ihre Rettung der Tatsache, daß das Dach teilweise von den Stützen gestützt wurde. Außerdem wurde die Galerie über dem Orchester nicht vollständig heruntergerissen; eine Anzahl Zuschauer konnte sich daher in einen kleinen dreieckigen Raum flüchten, der durch die sich senkende Galerie gebildet wurde. Die Retter durchbohrten die eingestürzte Decke an mehreren Punkten und zogen aus den so geschaffenen Oeffnungen eine Anzahl Ueberlebender und Toter heraus. Es sollen 125 Tote und 250 Verletzte zu beklagen sein. Glücklicherweise befanden sich infolge des starken Schneesturmes nur 500 Personen in dem Kino. Die Zahl der in Behandlung befindlichen Verletzten erhöhte sich auf 184, darunter 14 Schwerverletzte. Die meisten Toten sind identifiziert worden.

Ein weiteres Opfer des Dessauer Theaterbrandes. Die Hoffnung, daß sich der Friseurgehilfe Kirkamm in der Aufregung aus dem brennenden Theater irgend wohin geflüchtet habe, ist zuschanden geworden. Gestern abend wurde seine Leiche unter den Ruinen des Theaters gefunden.

Mit 50 Personen untergegangen. Nach einem Telegramm aus Newyork ist der norwegische Frachtdampfer „Maud" mit Mann und Maus untergegangen. Der Dampfer „George Washington" hatte einen drahtlosen Hilferuf aufgefangen und eilte an die bezeichnete Stelle. Es gelang trotz mehrstündigen Suchens nicht, irgendeine Spur des hilfesuchenden Schiffes zu finden. Die „Maud" hatte 50 Personen an Bord.

Die Rache der Frau. Der Weinkommissionär Karl Rohrbach aus Sprendlingen (Rheinhessen) wurde vom französischen Militärgericht zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er den Offiziersdegen eines gefallenen deutschen Offiziers als Andenken in seinem Zimmer als Wandschmuck angebracht hatte. Außerdem hatte er noch 14 Patronen eines deutschen Armeerevolvers im Besitze. Die Anzeige über diese Tatsachen hatte seine Frau aus Rache vorgenommen. Dieser Umstand kam auch bei der Strafausmessung als Milderung in Betracht.

Verhaftete Mörder. Die beiden Mörder, die vor einer Woche das Bahnwärterhaus bei Heidelberg überfielen und dabei den Bahnwärter Wanner erschossen und dessen Sohn schwer verletzten, wurden in Heidelberg ermittelt und festgenommen. Es handelt sich um die Jugendlichen Eugen Hasis und Johann Wagner aus Eßlingen.

105 000 Mark Geldstrafe für Notgeldanfertigung. In dem guten Glauben, der behördlichen Genehmigung nicht zu bedürfen, hatte die Stadt Lauterbach in Anbetracht der Kalamität für etwa 11 500 Mark Notgeld anfertigen lassen. Der Bürgermeister mit seinen beiden Senatoren wurden nun wegen der Unterlassung unter Anklage gestellt. Die Göttinger Strafkammer, die sich kürzlich mit der Sache befaßte, erkannte gegen die drei Beschuldigten auf je 35 000 Mark Geldstrafe, und zwar wurde für jeden der dreifache Satz des angefertigten Notgeldes als Strafe festgesetzt.

Die Elbe zugefroren. Das Treibeis der Elbe ist bei Honstorf, bei einem Wasserstande von 2,52 Meter, zum Stehen gekommen. Der Uebergang über das Eis zwischen Lauenburg und Honstorf ist damit wieder hergestellt. Auch im benachbarten Artlenburg konnte die Eisbrücke schon betreten werden.

Millionen-Raubmord. Der ehemalige österreichische Korvettenkapitän Paul Meinburg wurde in der Nähe von Venedig von unbekannten Tätern ermordet und beraubt. Mainburg wurden unter anderem drei Millionen Lire gestohlen, die er in Genua als Versicherungssumme einkassiert hatte. Außer den drei Millionen Lire hatte Mainburg noch 10 000 Dollar bei sich, die auch nicht mehr bei der Leiche gefunden wurden und die zweifellos ebenfalls von den Tätern geraubt worden sind.

84 weibliche Angeklagte vor Gericht. Vor dem Landgericht München 1 begann die Verhandlung gegen 84 Frauen und Mädchen wegen Verbrechens gegen das keimende Leben. Die Mehrzahl der angeklagten Frauen und Mädchen gehört dem Arbeiterstande an. Die angezeigten Eingriffe sind alle von dem in der Türkenstraße wohnenden praktischen Arzt Dr. Otto Mayr vorgenommen worden, der sich in der nächsten Schwurgerichtsperiode zu verantworten haben wird.

Zwillinge aus zwei verschiedenen Jahrgängen. In Trogen (Schweiz) sind in der Nacht vom 31. Dezember auf den 1. Januar bei einer Handwerkersfamilie Zwillinge eingekehrt. Der eine der beiden Knaben wurde noch im Jahre 1921, der andere im Jahre 1922 geboren.

Tod auf der Bühne. Bei der Theateraufführung eines Vereins in Holzen in Westfalen wurde in einer Schießszene der 24jährige Arbeiter Mette von seinem Partner, der das Gewehr mit losem Pulver und einem Papierpfropfen geladen hatte, erschossen. In die Brust getroffen sank Mette nieder.

Gesunkene Schiffe. Am 29. Dezember ist der Dampfer „Mod" von Baltimore und am 18. Januar von Neuyork mit Ladung nach Antwerpen und Hamburg abgegangen. Er ist am 22. Januar etwa 1200 Seemeilen von Halifax gesunken. Die Besatzung konnte sich in den Booten retten und ist von dem englischen Dampfer „Melmore Head" aufgenommen worden. — Der norwegische Dampfer „Balder" rettete zwei Mann der Besatzung des dänischen Schoners „Laura" und landete sie in Kopenhagen. Der Dampfer hat den Schoner in sinkendem Zustande auf der Nordsee angetroffen und die Schiffbrüchigen an Bord genommen.

Schleiferei
für Messer und Scheren
A. Lehmann Inh.: L. Guttzeit
Danzig, Jopengasse 31-32.

Danziger Nachrichten.

Der Milchskandal.

Ein Vorstoß auf neue Preiserhöhung.

Als sich der Senat am Sonnabend bemüßigt fühlte, der Oeffentlichkeit die Gründe (wie er sie auffaßt) für die jetzige Milchknappheit bekanntzugeben, wiesen wir bereits daraufhin, daß diese Veröffentlichung anscheinend nur dazu dienen solle, den Boden für eine neue Milchpreiserhöhung vorzubereiten. Wie richtig wir dieses Manöver durchschaut haben, lehren folgende Vorgänge.

Im Wirtschaftsausschuß des Volkstages spielten sich während der Ferien heftige Kämpfe über die Milchversorgung Danzigs ab. Es gibt wohl kaum einen Staat in Mitteleuropa, der verhältnismäßig so reich an Vieh und Weiden ist, wie die Freie Stadt Danzig; und dennoch haben wir für unsere Kinder, Kranken und sonstigen Bedürftigen keine Milch. Die Milchfrage ist in Danzig eine Verkehrs- und Preisfrage, und damit eine deutschnationale-agrarische Parteifrage. Der Senat, der von den Landwirten und den Industriellen beherrscht wird, hat bisher nichts unternommen, um die milchreichen Gegenden Danzigs verkehrstechnisch zu erschließen. Während in Danzig die Säuglinge kaum ihr Quantum Milch bekommen, die Kinder über 2 Jahren gar keine, die Kranken und Alten ebenfalls leer ausgehen, werden in der Niederung und im großen Werder Schweine und Kälber mit Milch geradezu gemästet. Ein Kontrolleur des Wirtschaftsamtes erklärte, die Kälber sehen bei den Landwirten aus, wie „Aale". Seit April 1921 hat sich nun in Zoppot eine amerikanisch-englische Milchproduktions-Gesellschaft („Amelka") gebildet, die amerikanische Trockenmilch auf Grund eines besonderen Verfahren wieder flüssig macht. Diese Milch ist durchaus einwandfrei. Diese Feststellungen sind chemisch und ärztlich gemacht worden. Der Senat, der anfänglich ein großes Interesse an dieser Gesellschaft hatte, machte ihr später jedoch große Schwierigkeiten, so daß diese Gesellschaft sich genötigt sah, ihre Produktion zeitweise ganz einzustellen. Sie wandte sich nun an den Volkstag mit dem Ersuchen, ihr die Produktion möglichst zu erleichtern. Die deutschnationalen Großagrarier haben die „Amelka"-Angelegenheit dazu benutzt, um die Milchpreise in die Höhe zu treiben. Der deutschnationale Abgeordnete Witt erklärte im Wirtschaftsausschuß, Milch sei in Danzig genügend vorhanden, aber es bestehe kein Interesse bei den Bauern, Milch zu produzieren, weil der Preis zu gering ist. Auf einen Zwischenruf der Linken erklärte Witt wörtlich: „**Die Vaterlandsliebe hört bei den Bauern im Geldbeutel auf.**"

Der Senator Jansson versuchte, die Milchknappheit auf die Deputatmilch abzuschieben, indem er behauptete, daß die Landarbeiter täglich je vier Liter Milch erhalten. Genosse Rehberg wies nach, daß die Landarbeiter nur 1½ Liter pro Tag erhalten.

Nachdem sich unsere deutschnationalen Landwirte so offenherzig über ihre „vaterländische" Preispolitik ausgesprochen hatten, wurde auch der deutschnationale Senator Jansson deutlicher und ließ durchblicken, daß eine neue Milchpreiserhöhung bevorstehe. Dieser Ankündigung soll jetzt die Tat folgen. Der Wirtschaftsausschuß des Volkstages ist zu morgen vormittag zusammenberufen worden, um zu einem Antrage auf Aufhebung der jetzigen Milchpreise Stellung zu nehmen. Bei dieser Gelegenheit wird es sich zeigen, ob sich die übrigen bürgerlichen Parteien zur bedenkenlosen Unterstützung der deutschnationalen Geldsackpolitik hergeben. Der deutschnationale Ausspruch, daß die Agrarier bei den jetzigen Preisen an der Milchproduktion desinteressiert sind, erhellt am besten den Widersinn unserer jetzigen Wirtschaftsordnung. Nur weil der Profit nicht ganz den schrankenlosen Wünschen der Produzenten entspricht, wird nicht produziert. Mag auch die milchbedürftige Bevölkerung, Säuglinge, Kranke und alte Leute, darüber zu Grunde gehen. Diese agrarischen „Menschenfreunde" nehmen daran kein Interesse. Deutschnationale Politik!

Passagierfahrt Swinemünde—Danzig während des Winters.

Wie der Norddeutsche Lloyd Bremen mitteilt, wird entgegen anders lautenden Gerüchten der Passagier-Dampferverkehr zwischen Deutschland und dem Freistaat Danzig ab Swinemünde auch während des Winters weiterbetrieben. Die Fahrten finden jedoch nicht mehr zweimal wöchentlich, sondern nur einmal in jeder Woche statt und zwar Montags ab Swinemünde und Donnerstag ab Danzig mit unmittelbaren Zuganschlüssen zwischen Swinemünde und Berlin. Salons und Promenadendeck des Schiffes sind geheizt. Der Reiseweg zwischen Berlin und Danzig über Swinemünde ist billiger als der Bahnweg über Stolp oder über Dirschau. Zudem findet nur eine deutsche Paß- und Zollkontrolle während der Fahrt an Bord des Dampfers statt.

Werbefest der Arbeiterturner.

Das erste Bundesturnfest des Arbeiter-Turn- und Sportbundes findet in der Zeit vom 22. bis 25. Juli d. Js. in Leipzig statt. Gewaltige umfassende Arbeiten sind hierzu im Gange. In allen Teilen Deutschlands rüsten die Arbeiterturner und -Sportler zu diesem großen Feste. Ueberall werden Gelder gesammelt um es möglichst vielen Turnern und Turnerinnen zu gestatten, als Teilnehmer am Bundesturnfest nach Leipzig zu fahren. Um auch einem Teil der Danziger Arbeiterturner die Möglichkeit zu geben, sich am Bundesturnfest zu beteiligen, veranstaltet zunächst die Freie Turnerschaft Danzig am Sonnabend, den 18. Februar im Wilhelm-Theater ein großes Werbefest. Der Reinertrag dieses Festes ist für die Teilnehmer am Bundesturnfest bestimmt. Ein gutes turnerisches Programm soll geboten werden. Die Arbeiterturner hoffen, daß die gesamte organisierte Arbeiterschaft diese preiswürdige Veranstaltung besuchen wird.

Uebertrieben hohe Zahlenangaben haben bürgerliche Zeitungen gebracht, um die Erhöhung der Gagen am Stadttheater als unmöglich erscheinen zu lassen. Es wurde behauptet, daß die geforderte Erhöhung der Gehälter des Stadttheaterpersonals den Betrag von 4 Millionen Mark erforderte. Die Aufbringung dieser Summen sei nicht möglich. In spaltenlangen Zeitungsartikeln wurde deshalb die Auflösung der Oper erwogen, was allein die Nöte beseitigen kann. Der Theaterausschuß hat sich nun damit einverstanden erklärt, daß den Mitgliedern des Theaters eine 50 prozentige Erhöhung ihrer Bezüge gewährt wird, und bittet die Stadtverordnetenversammlung, diesem Beschlusse beizutreten. Die Mehraufwendungen betragen rund 50 000 Mark. Die mit einer neuen Belastung von vier Millionen Mark rechneten, haben also sehr wenig Sachkenntnis gezeigt.

Die Betriebsausschußwahlen bei Schichau.

Der Deutsche Metallarbeiterverband schreibt uns:

Bei der Wahl zum Betriebsausschuß (Arbeiterausschuß) stimmten am Freitag, den 27. Januar, 1415 Arbeiter von rund 2000 Wahlberechtigten ab. 4 Stimmen waren ungültig. Von den 1414 gültigen Stimmen haben erhalten:

Freie Gewerkschaften	832	gleich	7 (7)	ständige u.	12 (12)	Ers.-Leute
Christliche „	198	„	1 (2)	„ „	3 (4)	„
Hirsch-Dunckersche	162	„	1 (1)	„ „	2 (4)	„
Gelbe „	219	„	1 (—)	„ „	3 (—)	„

Damit ist die absolute Mehrheit auf die freien Gewerkschaften entfallen. So betrübend die Tatsache ist, daß die Gelben wieder eingezogen sind, so muß doch konstatiert werden, daß die freien Gewerkschaften ihren seitherigen Besitzstand behauptet haben und die Absplitterung bei den Christlichen und Hirsch-Dunckerschen zu verzeichnen sind. Die in Klammern angegebenen Zahlen sind die der vorletzten Wahlen im September 1919. Dieses Zahlenverhältnis muß man im Gedächtnis behalten, um beurteilen zu können, welche Entwickelung der Schichaubetrieb in den letzten zwei Jahren durchgemacht und welchen Kurs diese Entwickelung eingenommen hat. Die Arbeiterschaft hat trotz aller Schwere der Zeit und trotz deutschnationaler Kartoffelpolitik, soweit sie freigewerkschaftlich gerichtet ist, ihren gesunden Menschenverstand nicht verloren. Dennoch wird der neue Betriebsausschuß angesichts dieses Wahlergebnisses eine auf die Eigenart des Betriebes eingestellte Arbeit zu verrichten haben.

Die gesamte freiorganisierte Arbeiterschaft Danzigs, die so oft auf die Kollegen von Schichau mit verschiedenen Gefühlen blickte, mag aus diesem Wahlresultat ersehen, daß unsere Front trotz alledem steht. Die Arbeiter werden aber auch die gegenwärtigen und künftigen Geschehnisse bei Schichau den Verhältnissen gemäß beurteilen und dessen sind wir gewiß, der Kämpferschar bei Schichau größtmöglichste Unterstützung zu teil werden lassen.

Zu bemerken ist noch, daß wenn eine Verbindung der Listen der drei Gewerkschaftsrichtungen möglich wäre (§ 8 der Wahlausführungsbestimmungen untersagt es ausdrücklich) die Vertreterzahl der Gelben bis auf einen hätte zurückgedrängt werden können. Erfolgt gegen diese Wahl binnen zwei Wochen kein Einspruch, so gilt die Wahl als endgültig vollzogen.

Ein Arbeiterjugendverein für Schidlitz

soll heute abend im Lokale Steppuhn begründet werden. An die arbeitende Jugend von Schidlitz ergeht die Aufforderung, zu dieser Gründungsversammlung zu erscheinen. Unsere Parteigenossen werden gebeten, ihre schulentlassenen Söhne und Töchter der „Arbeiterjugend" zuzuführen und für guten Besuch der Versammlung zu sorgen. Die Versammlung beginnt um 7 Uhr.

Einschulung. Die Anmeldung der Kinder die in der Zeit vom 1. Juli 1921 bis 30. Juni 1922 ihr 6. Lebensjahr vollenden, findet vom 16. bis 18 Februar statt. Näheres siehe im Anzeigenteil unserer heutigen Ausgabe.

Stadttheater Zoppot. Wegen Grippeerkrankungen ist die für heute angesetzte Erstaufführung von „Notruf" auf Mittwoch, den 1 Februar, verschoben worden.

Die öffentliche Generalprobe des Oratoriums „Die vier Jahreszeiten" findet am Mittwoch, den 1. Februar im Schützenhause statt. Karten zum Preise von 6 Mark sind in der Buchhandlung von Homann u. Weber, Langermarkt und an der Abendkasse zu haben.

Zinszahlung an Inhaber italienischer Staatspapiere. Die italienische Regierung bringt zur allgemeinen Kenntnis, daß die deutschen Inhaber italienischer Staatspapiere ihre seit dem 10. Januar 1920 fälligen Zinsscheine einlösen können. Bedingung hierfür ist der Nachweis, daß die Interessenten die rechtmäßigen Besitzer oder Eigentümer der Wertpapiere sind und dieselben nach dem 10. Januar 1920 erworben haben. Näheres durch das Italienische Konsulat, Hundegasse 94, 2 Tr.

Bei Selbstschlachtung von Schweinen (Hausschlachtung muß das Fleisch vor dem Genuß zwecks Untersuchung auf Trichinen und Finnen dem zuständigen Fleischbeschauer vorgelegt werden, worauf erneut hingewiesen wird.

Ohra. Eine Gemeindevertretersitzung findet am Donnerstag, den 2. Februar, nachmittags 6 Uhr im Rathause zu Ohra statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Besetzung des Amtes des Vorsitzenden des Mietseinigungsamtes. Einsetzung einer Wohnungszuweisungs-Kommission. Auflösung des Vertrages mit der Stadt Danzig hinsichtlich der Straßenbeleuchtung durch Gas. Lohntarif für die Angestellten. Errichtung einer neuen Lehrer- und Lehrerinstelle bei der katholischen Schule.

Oliva. Die gestrige Gemeindevertretersitzung beschäftigten im ersten Teil Fragen, die auf dem Gebiet des Wohnungswesens liegen. Durch den kommunistischen Antrag auf Erteilung eines Mißtrauensvotums an einzelne Mitglieder des Gemeindevorstandes wurde noch einmal der vor einiger Zeit gefaßte Beschluß des Gemeindvorstandes betr. Erhebung eines Zuschlages zur Friedensmiete bi zu 80 Proz. zurSprache gebracht. DieserBeschluß hat bekanntlich die Oeffentlichkeit beschäftigt und in einer Mieterversammlung wurde in einer Entschließung der Landrat ersucht, diesen Beschluß aufzuheben, da er nicht formgerecht zustande gekommen sei. Eine längere Debatte ergab die Unzulässigkeit des Antrages der Kommunisten, und auf ihren weiteren Antrag wurde in eineBesprechung dieserAngelegenheit eingetreten. Der Gemeindevorsteher versuchte nun nachzuweisen, daß der Gemeindevorstand bei der beanstandeten Beschlußfassung im Recht war. Die ergebnislosen Verhandlungen zwischen dem Olivaer Mieter- und Hausbesitzerverein und das Drängen des Senators Leske auf eine schnelle Regelung hätten zu dem Beschluß nach Danziger Muster geführt. In der Aussprache wurde allgemein betont, daß die damalige Erregung der Mieter sich nicht gegen den Inhalt des Beschlusses, sondern gegen die Art der Erledigung richtete. Der Gemeindevorstand hätte, auch wenn es länger gedauert haben würde, eine Einigung zwischen Mieter und Hausbesitzer fördern und abwarten müssen. Auch hätte er gleichzeitig mit dem Beschluß eine Aufklärung für das Publikum veröffentlichen sollen. Die Mitglieder der Wohnungszuweisungs-Kommission hatten ihr Amt niedergelegt, weil einer ihrer letzten Beschlüsse vom Gemeindevorstand umgeworfen wurde. Es wurden heftige Angriffe gegen den Vorsitzenden der Kommission, den Schöffen Lingenberg gerichtet, der ein gedeihliches Arbeiten verhindere und der Kommission die Arbeit erschwere. Die Wahlvorbereitungskommission wurde beauftragt, die Neuwahl für die Wohnungszuweisungskommission vorzubereiten und Vorschläge zu machen, wie ein reibungsloses Zusammenarbeiten gefördert werden kann. Bei dem neuerbauten Neunfamilienhaus ist die Bausumme um 251 217 Mark überschritten worden. Diese Summe wurde nachbewilligt. Bewilligt wurden auch 212 689 Mark für die schon vor einiger Zeit als Notstandsarbeit erfolgte Reinigung der Teiche im Schloßgarten.

Versammlungs-Anzeiger

Freie Turnerschaft Danzig.
Heute, Dienstag, abends 7 Uhr: Vorstandssitzung im Vereinsbureau, Stiftswinkel 11 b.

Sozialdemokratischer Verein.
5. Bezirk (Langfuhr). Mittwoch, den 1. Februar 1922, abends 7 Uhr: Diskutierabend beim Genossen Schmidt, Dirschauer Weg 52.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Donnerstag, den 2. Februar, abends 6 Uhr im Lokal Beuster, Maurerherberge: Vertrauensmänner-Versammlung.

Standesamt vom 31. Januar 1922.

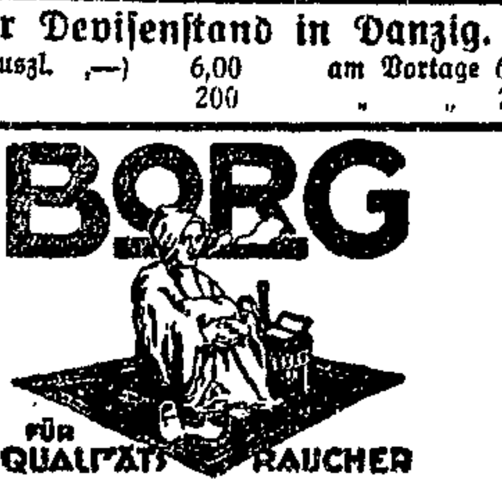
Todesfälle: S. des Arbeiters Johann Wruck, 7 M. — Schuhmacher Rudolf Pledath, 74 J. 11 M. — Witwe Berta Genz geb. Kerwinski, vorher verw. Okuhn, 71 J. — T. des Lehrers Eugen Schlitt, 7 J. 8 M. — Arbeiter, Wehrmann Hermann Kroß, 31 J. 6 M. — T. des Arbeiters Franz Hellwig, 2 Tage. — S. des Arbeiters August Leikowski, 1 J. 2 M. — S. des Malers Karl Baase, 4 M. — Kaufmannslehrling Bruno Borkowski, 17 J. 7 M. — Frau Emilie Mindack geb. Strozma, 80 J. 10 M. — Arbeiter Julius Kanzler, 54 J. 8 M. — Plakatmaler Willy Salomon, 28 J. 9 M. — Schuhmachermeister August Kretschmann, 72 J. 5 M. — Stubenmädchen Angelika Michlowski, 35 J. 4 M. — Rentenempfängerin Maria Zilski, 65 J. 11 M. — S. des Eigentümers Johann Nows, 13 J. 5 M. — Hedwig Naleitka, 4 J. 1 M. Angehörige beim Standesamt melden. — Lehrerin Anna Hennig, 74 J. — Schuhmacher Bernhard Marquardt, 57 J. 3 M. — Maler Ernst Lensky, 42 J. 9 M. — Witwe Maria Koch geb. Barschke, 64 J. 1 M. — Arbeiter Otto Jonciat, 40 J. 1 M. — Schmied August Baß, 78 J. 1 M. — Schlosser Julius Krieger, 61 J. 2 M. — Totgeb. S. des Arbeiters Nikolaus Boratz. — Ingenieur Kurt Niglayn, 31 J. 6 M. — Witwe [illegible] geb. Truppner, — Frau Hedwig Einhaus geb. Dreyer, 61 J. 10 M. — Arbeiter Joseph Lange, 71 J. 1 M. — T. des Kaufmanns Paul Pettke, 2 Tage. — Fabrikbesitzer Robert Aron, 61 J. 11 M. — Frau Berta Altmann geb. Sommer, 46 J. — Rentenempfängerin Anna Fularczyk, 64 J. 10 M. — T. des Arbeiters Bachmann, 5 M. — S. des Invaliden Hermann Tribull, 1 J. 2 M. — S. des Schuhmachers Julius Isaak, 4 M. — Schiffskapitän und Hospitalsinspektor a. D. Gottlieb Haack, 77 J. 6 M. — Frau Berta Kraft geb. Gajewe, 30 J. 6 M. — Witwe Julianna Zwertowski geb. Jurzik, 81 J. 2 M. — Arbeiter August Ellerholz, 67 J. 10 M. — Arbeiter Franz Selke, 47 J. 11 M. — Frau Wilhelmine Neddig geb. Jablinski, 41 J. 8 M. — Altsitzer August Peters, 69 J. 2 M. — Witwe Johanna Fischbeck geb. Andreas, 68 J. 4 M. — Witwe Henriette Roediger geb. Neubert, 78 J. 5 M.

Vertagung der Genua-Konferenz?

Wie Havas mitteilt, macht sich in den Kreisen der alliierten Diplomaten von Tag zu Tag immer mehr der Gedanke geltend, daß der Zusammentritt der Konferenz von Genua um etwas verschoben werden sollte. Auch die britische Regierung ziehe ohne Bedenken eine Vertagung in Betracht, die eine bessere Vorbereitung ermögliche und damit die Aussichten auf einen Erfolg der Konferenz erhöhe.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Auszl. ,—)	6,00	am Vortage	6,10
Dollar:	200	„ „	202



Wasserstandsnachrichten vom 31. Januar 1922.

	28. 1.	29. 1.	Kurzebrack	+1,19	+1,20
Zawichost	+1,45	+,	Montauerspitze	+0,52	+0,51
	29. 1.	30. 1.	Piechel	+0,33	+0,31
Warschau	+1,48	+,	Dirschau	+0,76	+0,71
	29. 1.	30. 1.	Einlage	+1,78	+1,84
Plock	+1,52	+,	Schiewenhorst	+2,00	+2,08
	30.1.	31. 1.	Schönau O. P.	+6,60	+6,60
Thorn	+1,22	+1,40	Galgenberg O. P.	+4,78	+4,66
Fordon	+0,70	+0,88	Neuhorsterbusch	+2,04	+2,00
Culm	+0,84	+1,05	Anwachs	+,	+,
Graudenz	+0,72	+0,84			

Eisbericht vom 31. Januar 1922. Weichsel: Von Kilometer 0 (Schillno) bis Kilometer 215,5 Eisstand, mit Ausnahme der Strecken von Kilometer 64,7 bis 66, von Kilometer 71 bis 88, von Kilometer 92 bis 93, von Kilometer 100 bis 116,5. — Unterhalb Kilometer 215 bis zur Mündung Jungeis- und Brucheistreiben. — [illegible]aufbruch von Ort bis Kilometer 218,1.

Eisbrechdampfer: „Montau" kreuzt in der Mündung, „Nogat" und „Drewenz" brechen vor Ort. „Ossa" übernimmt Streckendienst. — „Brahe" liegt in Einlage.

Nogat: Eisdecke.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Ernst Loops in Danzig; für Inserate Bruno Ewert in Oliva. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

Vermischtes.

Aus Rache ins Irrenhaus gebracht. Daß es auch in heutiger Zeit noch möglich ist, bei vollständiger geistiger Gesundheit ins Irrenhaus eingesperrt zu werden, lehrt folgender Fall: Ende Oktober 1920 überraschte der Berliner Maschinen-Agent B. seine Ehefrau beim zärtlichen Zusammensein mit einem Friseurgehilfen, der sie seit zwei Jahren jeden Morgen frisierte. Nach erregten Auseinandersetzungen mit der Ehefrau kam es zur sofortigen häuslichen Trennung. Vier Wochen später wurde B. gebeten, nach dem Polizeibezirksamt zu kommen. In dieser Unterredung kam das Gespräch auch auf die explosiven Fliegerpfeile, ein Patent B.s. Auf die Frage, ob B. noch solche Pfeile im Besitz habe, erwiderte er, daß er einige Pfeile als Wohnungsschutz an seiner Wohnungstür anbringen wolle. Es könne aber von einer so geringen Zahl und aus geringer Höhe nur eine Knallwirkung, also Hausalarm, erzielt werden. Jetzt entpuppte sich der „höhere Wohnungsbeamte" als der Kreisarzt Dr. Stüler und erklärte: B. sei nicht normal, da er nach den Angaben seiner Frau die Absicht habe, sie mit den explosiven Fliegerpfeilen zu töten. Alle Beteuerungen, daß die Angaben der Frau aus den Fingern gesogen seien, um sich für den begangenen Ehebruch zu decken, nutzten nichts. B. wurde sofort von zwei Irrenwärtern nach der Irrenanstalt Herzberge gebracht. Man hatte ihm nur noch erlaubt, mit ein paar Zeilen seinen Rechtsanwalt zu benachrichtigen. Die Irrenärzte erkannten sehr bald, daß B. geistig normal war, konnten aber nach den geltenden Bestimmungen die Entlassung zunächst nicht bewirken. (!) Die Ehefrau hatte im Eiltempo eine vorläufige Vormundschaft durchgedrückt. Die Ehefrau lebte zusammen mit ihrem Liebhaber, der von ihr zum Geschäftsführer mit 18000 Mark Jahresgehalt gemacht war, auch die Wäsche und Kleidung des Ehemanns trug. Nach Absetzung des ersten vorläufigen Vormundes forderte nun der zweite Vormund energisch die Entlassung des B., die auch erfolgte. Erst nach der Entlassung konnte B. feststellen, daß seine Ehefrau in ihrer Jugendzeit in einer sächsischen Fürsorge-Erziehungsanstalt und ihr Vater im Irrenhause war.. In der Alimentierungsklage hat das Kammergericht die Ehefrau als Psychopathin und unglaubwürdig bezeichnet. Der Fall des Agenten B. ist, so heißt es in dem Berliner Blatt, nur einer von vielen. Die Zahl der fälschlich für geisteskrank Erklärten ist, wie Sachverständige versichern, erschreckend groß. Eine Reform des Irrenrechts tut daher dringend not.

•

Streik in China. Auch die Rikscha-Fahrer, die geduldigen Fuhrleute, die statt eines Zugtieres mit ihrer eigenen Körperkraft die im ganzen Osten als beliebtestes Personenbeförderungsmittel bekannten zweirädrigen Wagen ziehen, haben zu dem modernen Kampfmittel des Streiks gegriffen. In Hankau haben tausend chinesische Rikschafahrer die Arbeit niedergelegt und sind in die französische Kolonie eingedrungen, weil die französischen Eigentümer der Fahrzeuge die Pachten für die Rikschas erhöht haben. Es kam zu Zusammenstößen mit der französischen Polizei, wobei es mehrere Tote auf seiten der Streikenden gab. Schließlich griffen die chinesischen Behörden ein, und es wurde vereinbart, daß die Eigentümer der Rikschas die Pachten bis zum Abschluß einer anzustellenden Untersuchung nicht erhöhen sollen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Eltern, Pfleger und Vormünder derjenigen schulpflichtigen aber noch nicht eingeschulten Kinder, welche in der Zeit vom **1. Juli 1921 bis einschließlich 30. Juni 1922** ihr 6. Lebensjahr vollenden, werden hiermit aufgefordert, zum Zwecke der Einschulung diese Kinder **am 16., 17. oder 18. Februar dieses Jahres in den Stunden von 8 bis 10 Uhr** vormittags bei dem Leiter der Schule ihres Bezirks anzumelden. Die Leiter werden in ihren Schulen in der festgesetzten Zeit zur Entgegennahme der Anmeldungen bereit sein.

Zu den Anmeldungen sind die Geburts- und Impfscheine der Kinder mitzubringen.

Die Unterlassung der rechtzeitigen Einschulung eines Kindes hat die gesetzlichen Zwangsmaßregeln zur Folge.

Danzig, den 8. Februar 1922.

Die Schuldeputation. (6043

Stadttheater Danzig.

Direktion: **Rudolf Schaper.**

Heute, **Dienstag, den 31. Januar, abends 7 Uhr:** Dauerkarten D 1.

Liebelei

Oper in 3 Akten von Franz Neumann.
Szenische Leitung: Oberspielleiter Julius Brischke.
Musikalische Leitung: Otto Selberg.
Inspektion: Otto Friedrich.

Personen wie bekannt. Ende 9½ Uhr.

Mittwoch, nachmittags 3 Uhr. Kleine Preise. **Rosenhildchen.**

Mittwoch, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 1. **Die große Leidenschaft.** Lustspiel

Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 2. **Der Troubadour.**

Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 2. Zum ersten Male. **Anna Boleyn.** 6 Szenen.

Sonnabend, nachmittags 3 Uhr. Kleine Preise. **Rosenhildchen.**

Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 2. **Gasparone.**

Sonntag, nachmittags 3 Uhr. Kleine Preise. **Rosenhildchen.**

Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Zum letzten Male. **Die Ballerina des Königs.**

Wilhelm-Theater

vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Normann

Morgen, Mittwoch, den 1. Februar,
abends 7½ Uhr
Kassenöffnung 6 Uhr

„Der Tanz ins Glück"

Operette in 3 Akten von Robert Stolz.

Freitag, den 3. Februar:
„Der Tanz ins Glück"

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (5660

„Libelle"

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Danziger Singakademie E. V.

Mittwoch, den 1. Februar 1922, abends 7 Uhr
im Schützenhause

Oeffentl. Generalprobe zu den Jahreszeiten

Karten zum Preise von Mk. 6.— in der Buchhandlung von **Homann & Weber,** Langermarkt 10 in der Zeit von 8—1 und 3—6 Uhr und an der Kasse. (6036

Kunst-Verein

Werbekunst-Veranstaltung
1. Lichtbildervortrag
Freitag, 3. Februar, abends 8 Uhr, in der Loge „Einigkeit", Neugarten 8
Frau Elisabeth v. Stephani-Hahn
„Schaufenster-Kunst"
Karten bei John & Rosenberg, Danzig, W. F. Baran, Langfuhr und an der Abendkasse. (6041

Hackerbräu · Schlüter-Café

Imbiss-Raum

Morgen, Mittwoch, den 1. Februar, nach gründlicher Neugestaltung

Wiedereröffnung

unter neuer Leitung

Hackerbräu: Diners, Soupers und Speisen nach der Karte.
Imbiss-Raum: Reichgedeckter Frühstückstisch, Hackerbräu, Liköre erster Firmen, warme Getränke.
Schlüter-Café: Großes Kuchen-Büfett, warme und kalte Getränke, gediegene Unterhaltungsmusik von 4½—6½ und 8—1 Uhr. (6025)

In der ersten Etage: **Besonderer Wein- und Mocca-Raum**

Am Eröffnungstage: Doppelkonzert in allen Räumen von 6-1 Uhr abends

Qualitäts-Rauchtabake
kaufen Sie billig bei
Pokora
Tabakfabrik
Pfefferstadt Nr. 53
5935

Stubbenholz, Trock. Preßtorf
empfiehlt ab Lager
Alt Schottland 1—2,
Wilh. Prillwitz,
Am Trumpfturm 7
Telefon 2530. (5892

Gedania-Theater

Schüsseldamm 53/55 (6044

Achtung! Ab heute! Etwas für Sie!
Der erste amerikan. Riesen-Sensationsfilm

20 000 Meilen unter See!

Ein Abenteuer in den Tiefen des Meeres in 7 Akten nach **Jules Verne.**

Original-Unterwasseraufnahmen!

Sprengung eines Schiffes auf hoher See durch ein Unterseeboot, Kampf eines Tauchers mit einem Polypen unter Wasser und weitere fabelhafte Sensationen. Zum ersten Male sieht das Auge des Zuschauers die zauberhaften Geheimnisse unerforschter Tiefen. Der Film ist hochinteressant und spannend und enthält Aufnahmen, wie sie noch nie gezeigt wurden.

0,— das macht fast garnichts!

Drei lustige Akte mit **Paul Heidemann.**

Nobody: „Der schwimmende Sarg"

Sämtl. Drucksachen
in geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen
Buchdruckerei J. Gehl & Co.,
Danzig, Am Spendhaus 6. Telephon 3290

Achtung! Achtung!

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Filiale Zoppot.

Am **Mittwoch, den 1. Februar, abends ½7 Uhr,** findet in der Schule Danziger Straße eine

öffentliche Versammlung

für alle in städtischen Diensten oder beim Senat beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten niederer Ordnung, Betriebsangestellten u. Beamten statt.

Tagesordnung:

1. **Welches ist die berufene Interessenvertretung aller in Gemeinde- u. Staatsbetrieben beschäft. Arbeitnehmer?** Refer. Bezirksl. Kort-Danzig.
2. **Freie Aussprache.**

Im eigensten Interesse aller in Gemeinde- und Staatsbetrieben Beschäftigten ist es erforderlich, zu dieser Versammlung zu erscheinen. (6042

Gut erhalt. Hobelbank
zu kaufen gesucht. (f
O. Stahl, Am Stein 7, 2 Treppen.

Nähmaschinen
kauft
L. Fenselau & Co.
Petersilliengasse 9.

Stenographie
Einzelunterricht 497
Tages- u. Abendkurse
Otto Slede, Neugarten 11.

SALAMANDER

veranstaltet keinen Ausverkauf,

weil die eingestempelten Preise von jeher so niedrig wie möglich bemessen sind,
weil durch den Verkauf nur eigener Fabrikate keine ungangbaren Artikel am Lager sind
weil in Folge günstiger Abschlüsse ein großer Teil der Bestände bereits erheblich

heruntergezeichnet ist!

Es ist daher der weltbekannte

Salamander-Stiefel

im Gebrauch immer der Billigste

Danzig, Brotbänkengasse Nr. 43

6093